

Projekt „Gemeinsam stärker! Gemeinsame Krisenbewältigung in der deutsch-polnischen Grenzregion“

Kurzexpertise für einen Bürgerbeteiligungsprozess unter dem Thema „Krisenbewältigung in der deutsch-polnischen Grenzregion“

erstellt durch

Prof. Dr. Barth und Team

IKOME | Steinbeis Mediation

Hohe Straße 11

04107 Leipzig

Insbesondere in den eng verflochtenen Wirtschafts- und Lebensräumen der Grenzregionen führen (pandemische) Krisensituationen zu erheblichen Problemen auf beiden Seiten der Grenze. Auch die Euroregion Spree-Neiße-Bober war durch die akute pandemische Coronalage (Covid 19) mit enormen, ganz praktischen Herausforderungen konfrontiert: Von einem auf den anderen Tag wurde die Grenze geschlossen und das gesellschaftliche Leben war massiv eingeschränkt. Insbesondere die Bürger:innen der Doppelstadt Guben/Gubin und die pendelnden Arbeitnehmer:innen und Schüler:innen waren betroffen und wurden durch unklare Zuständigkeiten, voneinander abweichenden Regelungen dies- und jenseits der Grenze und eine unabgestimmte Kommunikationsstrategie massiv verunsichert.

Mit diesem Informationspapier sollen daher zwei wichtige Fragen inhaltlich beantwortet werden:

- (1) Warum ist eine transparente Krisenkommunikation für die Bürger:innen in der Grenzregion so wichtig?
- (2) Warum ist die Gestaltung einer breiten Bürgerbeteiligung gerade zu dieser Themenstellung unentbehrlich für den grenzüberschreitenden Dialog?

Die Analyse folgt einem quantitativ-qualitativem Methodenmix: Im ersten Schritt erfolgt die quantitative Auswertung vorhandener Informationen und Kennzahlen, um auf diesem Wege einen umfassenden Gesamtüberblick über die damalige Situation zu erlangen. Dabei werden die wichtigsten Effekte der unterschiedlichen Maßnahmen und Gegebenheiten auf beiden Seiten der Grenze für die Bevölkerung während der Corona-Pandemie kurz beschrieben und ausgewertet. In Ergänzung wurden 4 qualitative Kurz-Interviews mit Bürger:innen der Grenzregion zu ihren persönlichen Erfahrungen während der Corona-Zeit und ihren konkreten Erwartungen an die geplante Bürgerbeteiligung geführt. Die Kernaussagen dieser Interviews sind in den zweiten Teil der Analyse eingeflossen.

1

Es ist hinzuzufügen, dass die Euroregion Spree-Neiße-Bober seit August 2023 eine anonyme Umfrage durchführt, welche sich gleichermaßen an deutsche und polnische Bürger:innen richtet. Dazu wird ein Fragebogen genutzt, in dem Fragen zur persönlichen Wahrnehmung der Zusammenarbeit in der Grenzregion, zu den Alltagserfahrungen unter Krisenbedingungen im deutsch-polnischen Grenzraum und zu Verbesserungsvorschlägen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Kommunikation in Krisenzeiten gestellt werden. Ziel der Umfrage ist es, frühzeitig die Meinung der Bürger:innen in den Beteiligungsprozess einzubeziehen und eine Grundlage für die inhaltliche Gestaltung der Bürgerdialoge zu erhalten. Zudem soll mit der Umfrage auch erreicht werden, dass sich die Bürger:innen über das Projekt informieren und motiviert werden, an den Bürgerdialogen teilzunehmen und sich mit ihrer Meinung und ihren Ideen einzubringen.

Da bei der Erstellung dieser Kurzexpertise nur wenige ausgefüllte Fragebögen vorlagen, wurden diese zunächst nicht in die Analyse einbezogen. Die Auswertung und Aufbereitung der Ergebnisse aus der Umfrage fließt jedoch in die laufende Projektumsetzung ein.

1. Quantitative Auswertung von Informationen und Kennzahlen

Zuallererst soll das Augenmerk auf die Probleme gelenkt werden, die durch die verschiedenen Maßnahmen entstanden sind, welche in Deutschland und Polen zur Pandemiebekämpfung erlassen wurden und die sowohl inhaltlich als auch zeitlich unterschiedlich gestaltet waren.

Bürger:innen, welche auf einer Seite der Grenze wohnten, jedoch auf der jeweils anderen Seite der Grenze zur Arbeit gingen oder Bildungseinrichtungen besuchten, waren sowohl durch die verschiedenen **Test-, Quarantäne- und Impfreime** beeinflusst, als auch von den Beschränkungen des Grenzübergangs an sich betroffen.

Am 12.03.2020 schlossen in Polen Schulen, Kindergärten und Universitäten sowie die kulturellen Einrichtungen. In Deutschland erfolgte die **Schließung der Schulen, Kindergärten und Universitäten** am 16.03.2020, also 4 Tage später. Die umfangreichen **Kontaktbeschränkungen**, die sich massiv auf den Alltag der Menschen auswirkten (begrenzte Möglichkeit, die eigene Wohnung zu verlassen, zahlenmäßige Beschränkung der Menschen, die sich treffen durften bis hin zum Verbot, Menschen aus einem anderen Hausstand zu treffen) traten in Deutschland am 22.03.2020 in Kraft, in Polen am 24.03.2020. Das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes wurde im Nahverkehr und in Geschäften in Polen bereits am 09.04.2020 verpflichtend sowie das Tragen von Einweghandschuhen in Geschäften am 02.04.2020, wohingegen es in Deutschland keine Regelung solcher Art gab und der verpflichtende Mund-Nasen-Schutz in Brandenburg erst am 27.04.2020 erlassen wurde. So bildete sich ein Flickenteppich verschiedener Maßnahmen, welcher die Bürger:innen der Grenzregion auf besondere Weise belastete, für Verwirrung sorgte und damit die Einhaltung der Maßnahmen erschwerte.

2

Die plötzliche Einführung von **Grenzschließungen und Reisebeschränkungen** hatte erhebliche Auswirkungen auf das Leben der Bürger:innen sowie die wirtschaftliche Aktivität in der Grenzregion. Pendler:innen, die regelmäßig die Grenze überquerten, um zu arbeiten, wurden unmittelbar von den Maßnahmen betroffen. Unternehmen, die auf grenzüberschreitenden Handel und Dienstleistungen angewiesen waren, sahen sich mit erheblichen Einschränkungen konfrontiert. Diese Unterbrechungen im Austausch von Waren und Dienstleistungen und die Stornierung von Aufträgen führten zu erheblichen wirtschaftlichen Verlusten und verringerten die Planungssicherheit für Unternehmen und Beschäftigte in der Region.

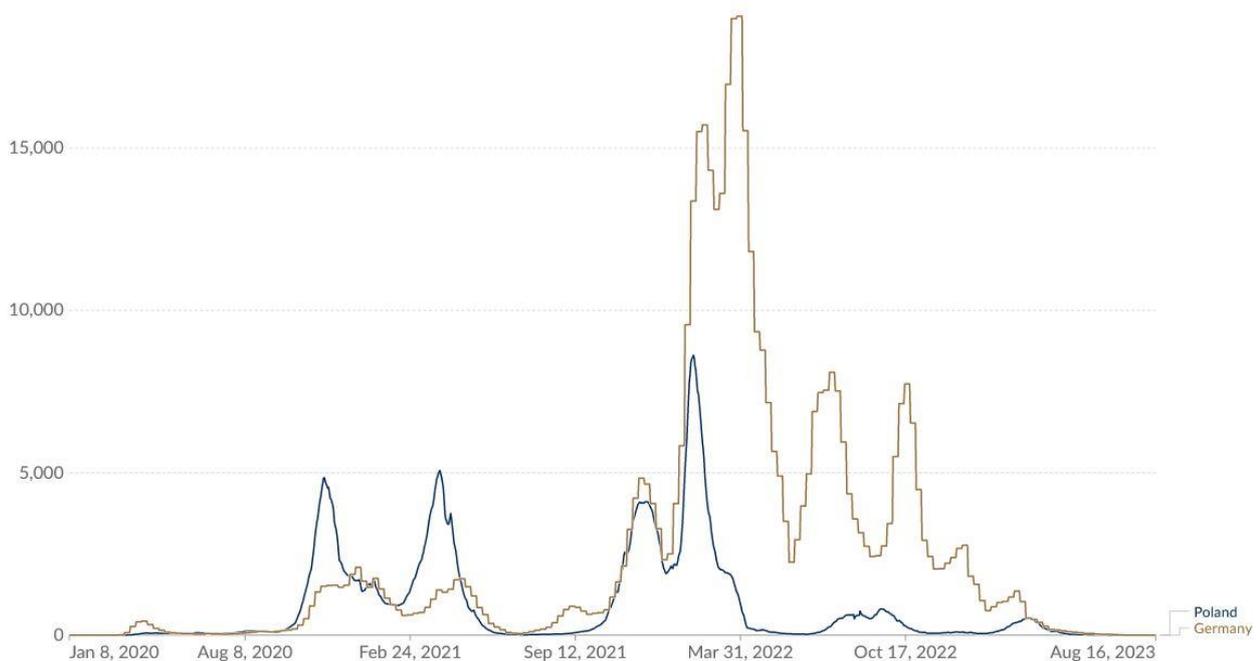
Besonders problematisch waren die Grenzschließungen für den Bereich der sogenannten systemrelevanten Berufe, also z.B. im Gesundheitswesen. Arbeitskräfte aus Polen, die in Deutschland tätig waren, wurden quasi von heute auf morgen von ihren Arbeitsplätzen abgeschnitten und ihre Arbeitskraft musste ersetzt werden. In der Frühphase der Pandemie 2020 verschrieben die Quarantäneregeln eine zwei-wöchige Quarantäne bei der Einreise in respektive Polen und Deutschland, sodass die betroffenen Bürger:innen vor die Entscheidung gestellt wurden, entweder an ihrem Arbeitsplatz zu bleiben (und ihren Lebensunterhalt zu verdienen) und im Fall der systemrelevanten Berufe die Versorgung sicherzustellen, oder zu ihren Familien nach Hause zu fahren und diese zu unterstützen (da ja auch hier die Pandemie Auswirkungen hatte, z.B. bei der Schließung der Schulen und Betreuungseinrichtungen für Kinder). Erst zwei Monate nach der Schließung der Grenze am 15. März 2020 wurde am 16. Mai 2020 die Quarantänepflicht auch für medizinisches Personal auf beiden Seiten

der Grenze aufgehoben. Dieser Entscheidung ging jedoch ein wochenlanger Prozess voran, welcher zunächst die Quarantänepflicht für Grenzpendler:innen bei Einreise nach Deutschland aufhob, anschließend bei Einreise nach Polen lockerte und schlussendlich auch medizinisches Personal mit einschloss.

Die Einschränkungen der Reisefreiheit hatte jedoch nicht nur Einfluss auf das berufliche, schulische und akademische Leben der Bevölkerung der Grenzregion, sondern auch ganz direkt auf das Sozialleben. Selbst als innerstaatliche Maßnahmen gelockert wurden, entfalteten die Reisebeschränkungen ihren Effekt mit voller Kraft auf die Einwohner in der Grenzregion. Dies war besonders in der deutsch-polnischen Doppelstadt Guben/Gubin spürbar und beeinflusste das dortige tägliche Leben. Vor allem für junge Menschen, in deren Erinnerung die Stadt schon immer eine Einheit bildete, zog sich von einem Tag auf den anderen eine bewachte Grenze durch die Stadt und schnitt die Menschen von ihren Parks, Cafés oder Kultureinrichtungen ab.

Laut des sogenannten „Stringency Index“ des Oxford Coronavirus Government Response Trackers ähnelten sich die umgesetzten Maßnahmen der deutschen und polnischen Regierungen zur Einhegung der pandemischen Lage. Der größte Unterschied ist hierbei im **Umgang mit Tests** auszumachen. Polen gehörte im europäischen Vergleich die ganze Pandemie über zu den Ländern mit der geringsten Testrate. Die polnische Forscherin Agnieszka Fihel hat sich dazu in einem Bericht im Deutschlandfunk rückblickend geäußert: „Es gab eine schwache Test-Politik. Da hat man den Kopf in den Sand gesteckt, nach dem Motto: Je weniger wir testen, desto weniger Covid-Fälle werden wir haben. Die Tests waren nicht immer verpflichtend und nicht immer gratis. Und der Zugang zu den Tests war zumindest am Anfang schwer.“ (Deutschlandfunk, 17.08.2022). Durch die hohe Anzahl an Berufspendlern wurden zwei Teststellen an den Grenzübergängen errichtet. Es gab eine Teststelle in Guben und eine Teststelle an der A15 südlich von Forst. Bei den Teststellen kam es vor allem zu Beginn der Pandemie zu organisatorischen Schwierigkeiten, sodass die Pendler teilweise stundenlang in der Schlange für einen Test anstehen mussten. Ein weiteres Problem stellten die Kosten für einen Schnelltest an den Grenzübergängen dar. Die Tests für polnische Berufspendler waren kostenlos, jedoch mussten polnische Bürger, die in Deutschland gemeldet waren, in Guben wohnen und über die Neiße zur Arbeit fahren, 25 Euro pro Test bezahlen. Der Test wurde für den Weg zur Arbeit nach Polen benötigt und für die Rückfahrt. Außerdem boten auf beiden Seiten der Neiße Arbeitgeber Tests an, wobei jedoch anfangs unklar war, ob diese anerkannt werden. Die Herausforderungen der Pandemie zeigen sich deutlich am Testregime in Polen. Durch viele Unklarheiten mit dem Umgang von Tests kam es zu verschiedensten Problemen, welche vor allem die Berufspendler in der deutsch-polnischen Grenzregion mit vielen Herausforderungen konfrontierte.

Die folgende Grafik verdeutlicht die grundsätzliche Problematik. Die geringere Testrate in Polen lässt keine objektive Einschätzung der Inzidenzentwicklung zu. Da aber die innerstaatlichen Maßnahmen, insbesondere in Deutschland, an die Entwicklung der Infektionszahlen gekoppelt waren, entstand hier ein Ungleichgewicht mit dem Potential der Verstimmung zwischen den beiden Ländern.



(wöchentlich bestätigte Covid-Fälle pro 1 Million Einwohner, Quelle: <https://ourworldindata.org>, 18.08.2023)

Sowohl Deutschland als auch Polen verfolgten einen mehrstufigen **Impfplan**, der die Impfung der Bevölkerung in mehrere Phasen einteilte und beispielsweise die Priorisierung von bestimmten Bevölkerungsgruppen oder die Impfregistrierung vorsah. Allgemein gab es in Polen eine relativ niedrige Impfbereitschaft, so wollten sich laut einer Umfrage des Instituts IBRIS im Winter 2020 für die Zeitung Rzeczpospolita 47% der polnischen Bevölkerung impfen lassen, 44% wollten dies explizit nicht. Berichterstattungen zufolge fühlten sich die Bürger:innen in Polen nicht gut aufgeklärt über die Impfungen, auch da es keine ausführliche Informationskampagne gab. Trotz einer bemerkbaren Impfskepsis in Polen war die deutsche Bevölkerung zu Beginn deutlich reservierter gegenüber der Covid-19 Impfung, sodass im Juli 2021 erst 37% der Bevölkerung geimpft waren, in Polen hingegen bereits 45%. Über den weiteren Verlauf des Jahres 2021 ließen sich jedoch immer mehr Menschen in Deutschland impfen, bis Januar 2022 waren es 70%, während die polnische Impfquote im Januar des Folgejahres nur auf 57% angestiegen war. Dabei setzte die polnische Regierung ab Sommer 2021 mit einer Impflotterie und besonderen Impf-Events sogar ungewöhnliche Mittel ein, um die Impfbereitschaft zu erhöhen – der erhoffte Durchbruch blieb jedoch aus. Es zeigt sich hier, dass nicht nur das Impfangebot entscheidend war, sondern auch die Aufklärung der Bevölkerung und der Vertrauensaufbau.

Ein Bereich der unter der pandemischen Lage vielerorts an seine Grenzen stieß, ist das **Gesundheitssystem**. Gerade in Grenzregionen, die häufig in der Peripherie medizinischer Infrastruktur liegen, ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich von großer Wichtigkeit, damit Bürger problemlos auf relevante Dienstleistungen im Nachbarland zugreifen können und so etwaige Versorgungsengpässe ausgeglichen werden können. Um eine effektive Bekämpfung einer Pandemie zu

gewährleisten, ist es daher unentbehrlich, Informationen über Infektionszahlen, Testmöglichkeiten und Behandlungskapazitäten grenzübergreifend auszutauschen. Weiter erschwerend wirkte hier die einrichtungsbezogene Impfpflicht, welche in Polen für sämtliches medizinisches Personal sowie Lehrer und uniformierte Sicherheitskräfte zum 1. März 2022 eingeführt wurde, jedoch Arbeitgeber nicht berechnigte, zu prüfen, ob ihre Arbeitnehmer dieser Verpflichtung nachgegangen sind. In Deutschland hingegen trat am 16. März 2022 die einrichtungsbezogene Impfpflicht in Kraft, dabei ausschließlich für medizinisches- und Pflegepersonal und mit einer klaren Regelung der Konsequenzen bei Verweigerung. Divergenzen solcher Art werden schnell zu großen Herausforderungen, da sie sowohl Spannungen in den persönlichen grenzüberspannenden Beziehungen auslösen, als auch die institutionelle Abstimmung und Zusammenarbeit erschweren.

2. Kernaussagen der qualitativen Interviews

Es wurden Gespräche mit 4 Bürger:innen der Grenzregion geführt: von deutscher Seite mit Herrn Gottfried Hain (ehemaliger Bürgermeister von Guben und langjähriger Verwaltungsdirektor im Krankenhaus Naemi Wilke Stift, heute Rentner) und mit Herrn Harald Altekrüger (seit 13 Jahren Landrat im Landkreis Spree-Neiße und Präsident des Euroregion Spree-Neiße-Bober e.V.) sowie von polnischer Seite aus mit Frau Anna Chinalska (Vorsitzende im Ausschuss für Gesundheit, Familien und Soziales im Sejmik der Wojewodschaft Lubuskie, Grundschuldirektorin) und Herrn Artur Sojka (Unternehmer in Gubin, im Bereich Metallbau mit deutschen Kunden und polnischen Zulieferern).

5

Die Bekleidung der verantwortungsvollen Positionen, in denen 3 von 4 Interviewpartner:innen während der Corona-Pandemie tätig waren und teilweise bis heute tätig sind, ermöglichte es, dass in den Gesprächen nicht nur die jeweils eigene Sicht auf die Dinge geschildert wurde, sondern auch die Perspektive der breiten Bevölkerung (teilweise) mit einbezogen werden konnte. Gleichzeitig ist es wünschenswert, die aktuell bereits laufende Umfrage der Euroregion Spree-Neiße-Bober mit einer noch größeren Varianz an Befragten (Geschlecht, Alter, Herkunft, Beruf, auch besondere Zielgruppen wie Schüler:innen, Migrant:innen, bi-nationale Familien etc.) durchzuführen, um ein möglichst vielfältiges und damit genaueres Meinungsbild zu erhalten.

Zunächst ist festzustellen, dass alle Gesprächspartner:innen das Leben in der deutsch-polnischen Grenzregion als positiv einschätzen und als große Bereicherung sehen. Alle haben sowohl beruflich als auch privat vielfältige Kontakte im jeweils anderen Land und schätzen es, dass die Grenze aktuell unkompliziert überquert werden kann und im Prinzip kaum wahrnehmbar ist. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird im Allgemeinen ebenfalls als positiv eingeschätzt. Hervorgehoben wurden dabei insbesondere die Bereiche Wirtschaft (Arbeitsmarkt), Bildung und Kultur. Als Grundlage für diese gute Kooperation nennen alle Gesprächspartner:innen die zahlreichen Möglichkeiten für persönliche Begegnungen und den direkten Austausch – wie z.B. der Schulbesuch polnischer Schüler:innen am Gymnasium in Guben, die deutsch-polnische Bibel-Ausstellung, das gemeinsame Frühlingsfest oder der rege Grenzverkehr von Berufspendlern oder zum Einkaufen. Es werden aber auch Defizite benannt: So führen die unterschiedlichen gesetzlichen

Regelungen in beiden Ländern immer wieder zu Schwierigkeiten in der Grenzregion. Als ein Beispiel dafür wurde von einem deutschen Gesprächspartner und einer polnischen Gesprächspartnerin die Einrichtung des grenzüberschreitenden Rettungsdienstes genannt, wofür 10 Jahre benötigt wurden und welcher bis heute nicht reibungslos funktioniert – u.a. auch, weil es wenig Abstimmungen und gemeinsame Übungen der Rettungskräfte gibt. Auch andere Fragen des Gesundheitswesens lassen sich nicht oder nur schlecht grenzübergreifend regeln, sodass z.B. vorhandene medizinische Einrichtungen in der Grenzregion nicht zielführend genutzt werden können, weil z.B. unklar ist, ob die Leistungen von der jeweiligen Krankenkasse in Deutschland oder Polen überhaupt übernommen werden. Die unterschiedliche staatliche Verwaltungsstruktur der beiden Länder ist oft eine weitere Ursache für Defizite in der Zusammenarbeit. Während es im föderal organisierten Deutschland möglich ist, dass auf kommunaler Ebene individuelle Regelungen erlassen werden, ist dies im zentral regierten Polen oft undenkbar. Schließlich wurde auch die Sprachbarriere angesprochen. Die deutschen Gesprächspartner wiesen darauf hin, dass häufig die polnischen Bürger:innen der Grenzregion Deutsch sprechen oder lernen, während die meisten deutschen Bürger:innen über geringe oder gar keine Polnischkenntnisse verfügen.

Als zu Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 die Grenze geschlossen wurde, haben das alle Gesprächspartner als Schock oder zumindest großen Schreck erlebt. Der, wenn auch kurzzeitige, Verlust, des grenzüberschreitenden Miteinanders machte die enge Verflechtung vieler Lebensbereiche geradezu schmerzhaft deutlich und brachte zahlreiche Herausforderungen mit sich. So gestaltete sich die Situation für die Grenzpendler besonders schwierig, die ihre Arbeitsstellen auf der anderen Seite gar nicht mehr bzw. später nur mit einem kostenpflichtigen Corona-Test erreichen konnten. Dies betraf in Größenordnungen vor allem polnische Arbeitskräfte, die täglich nach Deutschland pendelten und nun vor existenziellen Problemen standen. Gleichzeitig fehlten im Krankenhaus des Naemi Wilke Stifts Guben von heute auf morgen ein Großteil des polnischen Pflegepersonals und teilweise auch die Ärzte. Die kurzfristig angeordnete Grenzschießung im März 2020 führte zu einem 20 km langen Rückstau auf der A 15 bei Forst und die Fahrzeuginsassen, die nicht einfach von der Autobahn herunterfahren konnten, mussten nachts mit Nahrung und Decken versorgt werden. Es ließen sich noch viele weitere Beispiele anbringen. Es hat sich in den Gesprächen gezeigt, dass im Prinzip jeder Gesprächspartner eine lebendige Erinnerung an die Schwierigkeiten in der Corona-Zeit hat und eine persönliche Geschichte dazu erzählen kann. Es wäre sicher wertvoll, mehr Bürger:innen die Gelegenheit zu geben, ihr persönlichen Erfahrungen in der Pandemie zu schildern und diese ggf. auch aufzuzeichnen, um so in der Gesellschaft einen Diskurs jenseits polarisierender Meinungen zu fördern und einen Beitrag zur Aufarbeitung der Corona-Krise zu leisten.

Trotz der Schwierigkeiten haben alle Gesprächspartner:innen jedoch auch betont, dass in vielen Fällen pragmatische und kreative Lösungen gefunden werden konnten. Die deutschen Gesprächspartner:innen äußerten, dass die sehr gute Vernetzung auf der Verwaltungsebene es ermöglichte, dass die Grenze zumindest für einige Personengruppen bald wieder durchlässiger gemacht werden konnte. Die polnischen Gesprächspartner:innen verwiesen auf Selbsthilfegruppen auf polnischer Seite sowie auf eine aktive Bürgerschaft, die z.B. eine deutsch-polnische Demonstration an der Grenze organisiert hat. Eine wichtige Grundlage für die schnelle Lösung von Problemen war zudem, dass man sich - auch auf kommunalpolitischer Ebene - kannte und vertraute.

Unterschiedlich wurde der Zugang zu relevanten Informationen während der Corona-Pandemie wahrgenommen. Die deutschen Gesprächspartner beschreiben die Menge an notwendigen Informationen sowie deren Erreichbarkeit als ausreichend. Von deutscher Seite aus gab es teilweise ein Überangebot mit oft ähnlichen Inhalten. Der Landkreis Spree-Neiße erließ und veröffentlichte zahlreiche Allgemeinverfügungen, das RKI lieferte täglich aktuelle Infektionszahlen. Für die Bürger:innen wurden mehrere Bürgertelefone eingerichtet – ein Angebot, das nach Aussage des Landrates auch rege in Anspruch genommen wurde und für den Informationsfluss wichtig war. Informationen zu den Entwicklungen und aktuellen Maßnahmen auf polnischer Seite wurden zuverlässig und regelmäßig durch die Euroregion Spree-Neiße-Bober bereitgestellt, sodass diese den jeweiligen Verwaltungsstellen, den Einrichtungen im Gesundheitswesen, den Unternehmen und nicht zuletzt auch den Grenzpendlern und der Bundespolizei zur Verfügung standen. Im Gegensatz dazu beklagten die polnischen Gesprächspartner:innen besonders zu Beginn der Pandemie einen Mangel an Informationen von seiten der polnischen Stellen. Maßnahmen und Entscheidungen wurden nur kurzfristig bekanntgegeben. Zudem nahmen die polnischen Gesprächspartner:innen eine Störung des Informationsflusses aufgrund sprachlicher Barrieren wahr. So wurden auf polnischer Seite die deutschen Medien als eine der Hauptinformationsquellen genutzt, die jedoch nur mit deutschen Sprachkenntnissen zugänglich war. Als positiv wurde jedoch die Information von deutscher Seite zu den Bestimmungen für Grenzpendler wahrgenommen. Im weiteren Verlauf der Pandemie kam dann verschiedenen Informations-Apps für das Handy eine gesteigerte Bedeutung zu, die es sowohl in Polen als auch in Deutschland gab.

Die Gesprächspartner:innen wurden auch um Verbesserungsvorschläge für die grenzüberschreitende Kommunikation gebeten. Folgende Ideen und Wünsche wurden angesprochen:

7

- die Einrichtung einer Seite (oder einer halben) im Gubener Amtsblatt mit Nachrichten aus dem polnischen Teil der Grenzregion und umgekehrt Nachrichten aus dem deutschen Teil veröffentlicht in einem Amtsblatt o.ä. in Gubin
- die Einrichtung von zweisprachigen Grenzinformationspunkten (GIP - betreffend Bildung, medizinische Versorgung etc.)
- neue Möglichkeiten für den Erwerb der jeweils anderen Sprache
- Finanzierung und Zuschüsse für kulturelle Veranstaltungen (zur Integration und Beziehungsstärkung, Austausch für weitere Entwicklung)
- Auf- und Ausbau von Zweisprachigkeit im Bereich Kultur und ggf. auch teilweise in der Verwaltung (z.B. zweisprachige Ausschilderung oder Informationsmaterial)
- gesetzliche Ausnahmeregelungen für die Grenzregion

Auf die Frage, welche Krisen in der Grenzregion aufkommen könnten, wurden vor allem Naturkatastrophen (wie Überschwemmungen), erneute Pandemien, die Afrikanische Schweinepest, terroristische Angriffe (auch virtuell, z.B. in Verbindung mit dem Ukraine-Krieg) sowie die Problematik der illegalen Grenzübertritte genannt. Sowohl die deutschen wie auch die polnischen Gesprächspartner:innen sehen die Grenzregion grundsätzlich gut aufgestellt, um aktuelle und zukünftige Krisen zu bewältigen. Es werden aber auch Defizite gesehen, an denen noch gearbeitet werden muss, z. B. auf deutscher Seite im Zivilschutz und auf polnischer

Seite im Bereich Wasserwirtschaft, Natur- und Klimaschutz. Gerade im letztgenannten Bereich sollten deutsche und polnische Behörden enger zusammenarbeiten und im Krisenfall schnelle sowie für die Grenzregion passende Maßnahmen erlassen und umsetzen (z.B. Fischsterben in der Oder im Jahr 2022, Überschwemmungsschutz auf polnischer Seite).

Was kann nun aus diesen Informationen und Stimmungsbildern abgeleitet werden?

Es ist klar festzustellen, dass die interne Krisenkommunikation zwischen staatlichen Organen (z.B. den Gesundheitsämtern und Kommunen) reibungslos und zügig ablaufen muss, sodass sich regionale und lokale Stellen auf regionsspezifische Probleme und Bedürfnisse vorbereiten und dementsprechende Lösungsstrategien entwickeln können. Wenn staatsinterne Kommunikationsprozesse transparenter gestaltet werden, so hat dies zum einen einen positiven Effekt auf die breite Akzeptanz der Maßnahmen, zum anderen aber auch auf die Bereitschaft, Nachsicht zu üben, wenn tatsächlich unvorhergesehene bzw. unbeabsichtigte Probleme auftreten, da der Hergang nachvollziehbarer ist. Damit lässt sich auch das Vertrauen der Bürger:innen in die Maßnahmen (und damit letztlich in ihre Regierung und in die Demokratie im allgemeinen) fördern. Dies ist gerade in einer Grenzregion von großer Bedeutung, da unbeabsichtigte Probleme hier vermehrt auftreten. Denn bundesweite Maßnahmen richten sich meist am Median aus und lassen „Marginalfälle“ in der Peripherie oft außer Acht.

Zu Herausforderungen in der intrastaatlichen Abstimmung kommt in der Grenzregion die interstaatliche Abstimmung hinzu, welche eine effektive Zusammenarbeit zwischen den deutschen und polnischen Behörden, Unternehmen und der Zivilgesellschaft gewährleisten soll. Dabei fehlten während der Corona-Pandemie vor allem zu Beginn klare Mechanismen und Plattformen für den Austausch von Informationen und die Koordination von Maßnahmen. Dies erschwerte eine einheitliche und kooperative Vorgehensweise in der Grenzregion. Dabei gab es eine Reihe von Barrieren, welche die Kommunikation zwischen den deutschen und polnischen Behörden schwierig gestaltete und zu Verzögerungen und Inkonsistenzen bei der Bereitstellung von Informationen führte, da es unterschiedliche Ansätze und Vorgehensweisen gab. So wurde den Landkreisen auf der deutschen Seite der Grenze vergleichsweise mehr Eigenständigkeit zugestanden, was die Gestaltung und den Erlass von Verordnungen anbelangte. Die Wojewodschaften auf der polnischen Seite mussten sich hingegen eng an die zentralen Entscheidungen halten und hatten so wenig Spielraum für eine flexible Zusammenarbeit. Die sehr gute Vernetzung und das bereits vor der Corona-Pandemie aufgebaute Netzwerk in der Grenzregion bildete jedoch eine gute und tragfähige Grundlage, um die schwierigen Herausforderungen grenzüberschreitend zu bewältigen. Insbesondere die Euroregion Spree-Neiße-Bober erfüllte hier mit ihrer paritätischen deutsch-polnischen Gestaltung und den beiden Geschäftsstellen sowohl in Deutschland als auch in Polen eine wichtige Brückenfunktion.

3. Bedeutung einer transparenten Krisenkommunikation in der Grenzregion

Transparente Krisenkommunikation umfasst neben der Kommunikation behördlicher Stellen untereinander auch den äußerst wichtigen Aspekt der Außenkommunikation mit den Bürger:innen. Diese ist unentbehrlich, um sowohl das Vertrauen in die akuten Maßnahmen zu stärken, als auch um eine Grundlage der Gegenseitigkeit für zukünftige Krisensituationen zu schaffen. Das Vertrauen in die wissenschaftliche Validität als auch die politische Notwendigkeit von erlassenen Maßnahmen ist gerade im pandemischen Fall essentiell, da nur durch eine flächendeckende Akzeptanz der Maßnahmen die Effektivität derselben gewährleistet werden kann. Transparenz hierbei zeichnet sich nicht nur durch eine klare und einfach zugängliche Außenkommunikation von konkreten Maßnahmen aus, sondern vor allem durch eine große Menge an unterschiedlichen Informationskanälen welche die erlassenen Maßnahmen erklärbar und nachvollziehbar für die Betroffenen machen. Diese erklärenden Formate müssen möglichst vielfältig angeboten werden, sodass sie alle betroffenen demographischen Gruppen in Ihrer Lebensrealität abholen und mitnehmen können, d.h. sie müssen in ihrer fachlichen und rhetorischen Ausgestaltung auf die verschiedenen Zielgruppen abgestimmt werden und durch dementsprechend spezifische Kanäle verbreitet werden. Hierbei muss auch sensibel mit den unterschiedlichen kulturellen Hintergründen und Mentalitäten von deutschen und respektive polnischen Bürger:innen umgegangen werden, da diese sich auch auf die Wahrnehmung der Pandemie und die Bereitschaft zur Einhaltung von Schutzmaßnahmen auswirken können. Da vor allem in Krisenzeiten Vorurteile und Missverständnisse zwischen den Kulturen und Bevölkerungsgruppen verstärkt werden können, ist es wichtig, auf beiden Seiten der Grenze Aufklärungsarbeit zu leisten, Verständnis für die erlassenen Maßnahmen zu ermöglichen und die Solidarität zwischen den Menschen zu fördern. Die Krisenkommunikation von heute wird zu einem substantiellen Teil determiniert durch die Krisenkommunikation von gestern, da die Integrität verschiedener Informationskanäle entscheidend von der langfristigen Pflege und daraus resultierenden Verlässlichkeit derselben abhängt. Nur wenn ein bestimmter Informationskanal bereits vor der akuten Krise besteht und als vertrauenswürdige und verlässliche Quelle etabliert wurde, kann er in Krisenzeiten effektiv genutzt werden. Ein gutes Beispiel hierfür sind z.B. die Bürgertelefone des Landkreises Spree-Neiße.

Schlussendlich sollte der symbolische Charakter gut funktionierender grenzübergreifender Zusammenarbeit in Krisenzeiten nicht unterschätzt werden. Gerade in Krisen besteht oft eine gesellschaftliche Tendenz sowie der politische Anreiz, sich zuvorderst um das eigene Land und die eigenen Befindlichkeiten zu kümmern. Wenn diese intuitive Reaktion jedoch durchbrochen werden kann und aktiv solidarisch mit Nachbarn zusammengearbeitet wird, so kann dies einen positiven Effekt über die tatsächlichen Auswirkungen der konkreten Zusammenarbeit hinaus haben und grenzüberschreitenden gesellschaftlichen Konflikten vorbeugen. Gerade historisch sensible Grenzen wie die deutsch-polnische haben hierbei besonderen Symbolcharakter, sodass der Umgang mit ihr die öffentliche Stimmung sowohl ins Positive aber auch ins Negative verschieben kann.

4. Gestaltung einer breiten Bürgerbeteiligung als unentbehrlicher Teil des grenzüberschreitenden Dialoges

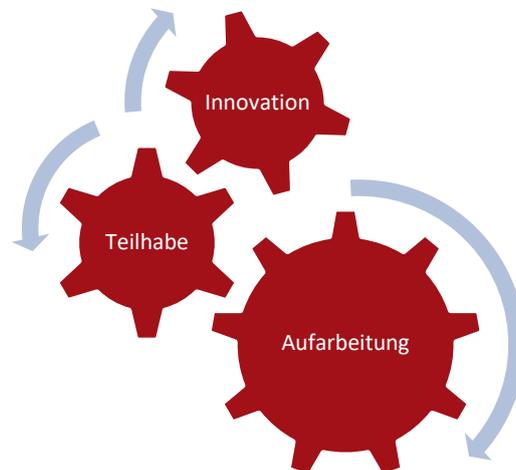
Die Zeit nach einer Krise wie der Covid-19 Pandemie ist verständlicherweise geprägt von einem gesellschaftlichen Aufatmen und dem Versuch des Abschüttelns der teilweise traumatischen Erfahrungen, jedoch ist es essentiell, das Vergangene nicht zu verdrängen, sondern es aktiv aufzuarbeiten und für die Zukunft daraus zu lernen. Um diesen Prozess effektiv zu gestalten, ist die **breite Beteiligung der Bürger:innen**, vor allem in der Grenzregion, unentbehrlich. Dies hat eine Reihe von Gründen die im Folgenden erörtert werden sollen.

Die erste wichtige Funktion der breiten Bürgerbeteiligung ist die **Aufarbeitung von Fehlern**, die in der Krise gemacht wurden. Es gilt, diese in den Kontext der jeweiligen Situation zu setzen und zu analysieren, warum es zu diesen Fehlern gekommen ist. Dies hat zum einen den positiven Aspekt, dass gemeinsam Fehler und Probleme benannt und anerkannt werden, was die Grundvoraussetzung darstellt, um im Weiteren bessere Lösungsstrategien zu finden. Zum anderen hat eine solche inklusive Aufarbeitung den positiven Effekt der Stärkung des Rechenschaftsgefühls und der Demokratie-Zugewandtheit der Bürger:innen.

Weiterhin schafft ein breiter Bürgerbeteiligungsprozess **Vertrauen in zukünftige Krisenstrategien** der staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure und damit indirekt auch in deren Effektivität. Arbeitet man aktiv an der Ausarbeitung einer Krisenstrategie mit und fühlt sich so im Prozess gehört, dann ist man sensibler für die gewaltige Menge an Herausforderungen, die solch ein Unterfangen mit sich bringt und ist bereit, nachsichtiger mit etwaigen Fehlern umzugehen. Darüber hinaus wird den Bürger:innen nicht einfach eine Strategie vorgesetzt, sondern sie verstehen wie und warum das eine oder andere so und nicht anders entschieden wurde. Das Bürger:innen tatsächlich die Prozesse nachvollziehen können, weil sie mit der relevanten Faktenlage vertraut gemacht wurden und in die Lösungsfindung einbezogen wurden, hat einen unschätzbaren Wert für die Akzeptanz eines Beschlusses.

Ein weiterer positiver Aspekt der breiten Bürgerbeteiligung ist die sogenannte „wisdom of the crowds“ – die **Weisheit der Masse**. Wenn Entscheidungen nur von einem kleinen Kreis getroffen werden, so steigt die Wahrscheinlichkeit, dass etwas übersehen wird oder als zu unwichtig eingestuft, das aber tatsächlich einen großen Einfluss auf das tägliche Leben der Bürger:innen hat. Je mehr Menschen in solche Prozesse einbezogen werden, desto wahrscheinlicher ist es, dass Kritik, Anliegen oder auch Ideen geäußert werden, die sonst ggf. gar nicht in den Blick genommen worden wären. Nimmt man Bürger:innen in ihren Ideen ernst und stempelt diese nicht als unzureichend informiert oder unrealistisch ab, so können viele möglicherweise gute und innovative Ideen weiter verfolgt und verfeinert werden, die anderweitig nie zur Diskussion gekommen wären. Gerade eine Grenzregion ist hierbei prädestiniert dafür, eine Vielzahl von Einzel- und Spezialfällen hervor zu bringen, denen Gehör geschenkt werden sollte, um eine umfassende Krisenstrategie für die Zukunft zu erarbeiten.

Letztlich ist eine breite Bürgerbeteiligung eine vortreffliche Gelegenheit für alle politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure, ein Stimmungsbild der Bevölkerung zu erhalten, welches datenfundiert ist und nicht dem hochbefangenen Mediendiskurs entspringt. Außerdem kann diese Gelegenheit genutzt werden, um empirische Daten über krisenrelevante Phänomene zu erheben, zum Beispiel über Grenzpendlerströme.



5. Ziele des Bürgerbeteiligungsprozesses im Rahmen des Projektes

Daraus abgeleitet und auch unter Bezug auf das Konzept für die Beteiligungsverfahren im Rahmen des Projektes „Gemeinsam stärker! Gemeinsame Krisenbewältigung in der deutsch-polnischen Grenzregion“ kann zusammenfassend folgende Zielstellung für den geplanten Bürgerbeteiligungsprozess formuliert werden:

- Wahrnehmung und Berücksichtigung der Erfahrungen und Ideen der Bürger:innen in der Grenzregion bei der Bewältigung von Krisensituationen
- davon abgeleitet Verbesserung der notwendigen Serviceleistungen
- Weiterentwicklung grenzübergreifender Mechanismen zur Krisenbewältigung mit Beteiligung der breiten Bürgerschaft
- Diskussion der Problemlagen der Bürger:innen
- Aufzeigen von Möglichkeiten, die die Bürger:innen und Akteure in der Euroregion haben, um Unterstützung bei der Lösung von Problemen zu erhalten